

NIEDERSCHRIFT
der Sitzung der städtischen Deputation für Inneres und Sport
am Mittwoch, 08. Oktober 2014

im Schulungsraum der Feuer- und Rettungswache 1 (Am Wandrahm 24, Raum 003)
- 33. Sitzung in der 18. Legislaturperiode -

1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.07.2014

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung wird ohne Änderungen genehmigt.

3. Zwischenstand zur Erstellung eines neuen Bäderkonzepts

Herr Senator Mäurer bittet um Verständnis, dass die Erarbeitung und Abstimmung noch einige Wochen in Anspruch nehmen wird, zumal das Konzept auf mehrere Jahre angelegt und mit hohen Investitionen verbunden ist.

Herr Wiatrek (Leiter des Sportamts Bremen) schildert den Stand im laufenden Beteiligungsverfahren mit den Beiräten. Nach Abschluss der Beiratsberatungen würden Anpassungen des Konzepts geprüft und dem Senat zur Bewertung vorgelegt.

4. Bericht zu den Vereinbarungen der Staatsräte-AG hinsichtlich der Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Herr Senator Mäurer stellt das zwischen den Staatsräten des Sozial-, Justiz- und Innenressorts vereinbarte Konzept zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen - insbesondere auffälligen Jugendlichen - vor. Mit dem vorgelegten Konzept müsse es insbesondere gelingen, die kleine Gruppe auffälliger Jugendlicher so zu betreuen, dass die Bevölkerung in erster Linie vor ihnen geschützt wird und in zweiter Linie dass die Jugendlichen eine Integrationschance bekommen. Er weist darauf hin, dass Bremen mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen würde als andere Kommunen. Bremen würde sich daher auf der Ministerpräsidentenkonferenz für eine faire Umverteilung einsetzen.

Herr Hinners (CDU) hält das Konzept für nicht umsetzbar, weil kurzfristig kein Betreiber für eine „robuste Unterbringung“ der delinquenten Jugendlichen gefunden werden könne und das Konstrukt der Vormundschaft dafür auch nicht ausreichen würde. Die geplante intensivpädagogische Betreuung sei „Augenwischerei“. Auch die geplanten Aufenthaltsverbote seien kein praktikables Instrument für die Polizei.

Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) hält die vorgesehene 1:1-Betreuung der auffälligen Jugendlichen für richtig, um die Grundanforderung und -regeln des Zusammenlebens vermitteln zu können. Er fordert, dass für eine faire Verteilung innerhalb des Zweistädtestaats gesorgt wird.

Herr Senator Mäurer und **Herr Polizeipräsident Müller** bezeichnen es als unverzichtbar, dass nach begangenen Straftaten unverzüglich Sanktionen folgen, in geeigneten Fällen auch Haftbefehle. **Herr Polizeipräsident Müller** führt auf Nachfrage aus, dass die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei am Hauptbahnhof gut ist. Bei der angestrebten erkennungsdienstlichen Behandlung nach drei Tagen sei man mit dem Amt für Soziale Dienste „auf einem guten Weg“.

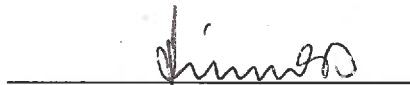
Herr Dr. Gössner (parteiloser Vertreter für die Fraktion DIE LINKE) hebt die Bedeutung einer interdisziplinären Herangehensweise hervor. **Herr Senkal (SPD)** und **Herr Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)** weisen darauf hin, dass das Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ grundsätzlich auch auf die Gruppe delinquenter unbegleiteter Flüchtlinge Anwendung findet. **Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)** warnt eindringlich davor, bei Minderjährigen auf eine „geschlossene Unterbringung“ zu setzen.

5. Verschiedenes

./.



Mäurer
- Vorsitzender -



Hinners
- Sprecher -



Bull
- Protokollführer -